
Rien ne va plus für Nicolas Sarkozy

Daniel Vernet

Weniger als ein Jahr vor den Präsidentschaftswahlen 2012, bei denen der französische Präsident eine Verlängerung seiner Amtszeit um weitere fünf Jahre anstrebt, befindet er sich bei den Umfragen auf seinem bisherigen Tiefststand. Alle Meinungsumfragen deuten darauf hin, daß er – fänden am kommenden Sonntag Wahlen statt – der oder dem sozialistischen Kandidatin/Kandidaten in der zweiten Runde unterliegen würde. Dieser Durchhänger dauert nun schon mehr als ein Jahr – seit den Lokalwahlen, die mit einer deutlichen Niederlage der Mehrheitspartei, der *Union pour un mouvement populaire* (Union für eine Volksbewegung) UMP, endeten. Der Präsident hat alles versucht, einen Ausweg aus dieser Situation zu finden, in der weniger als ein Drittel der Franzosen ihm das Vertrauen schenken. Er hat insbesondere Zuflucht zu seinem Lieblingsthema genommen: dem Kampf gegen die Unsicherheit. 2010 waren es Straftäter ausländischer Herkunft und Roma, die den Preis dafür bezahlen mußten. Es stimmt, Nicolas Sarkozy wurde rechts von der Vorsitzenden des *Front National*, Marine Le Pen, der Tochter des Gründers der rechtsextremen Partei, hart bedrängt, die ihn schon in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen zu schlagen drohte.

Ein Gespenst beunruhigt die beiden großen politische Kräfte der französischen Politik, die Mitte-rechts-gerichtete UMP und die Mitte-links-gerichtete Sozialistische Partei (PS). Im französischen politischen Jargon ist von einem »umgekehrten 21. April« die Rede. Am 21. April 2002 wurde der damalige Ministerpräsident und sozialistische Kandidat Lionel Jospin nur Dritter in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen. Er war von Jean-Marie Le Pen überholt worden und schied daher aus dem Rennen aus. In der zweiten Runde stand der Kandidat der Rechten, Jacques Chirac, dem Kandidaten der extremen Rechten gegenüber und die Linke stimmte – nahezu – geschlossen für Chirac. Die Angst vor einem neuerlichen 21. April regt sich immer wieder. Dieser Hypothese nach könnte Nicolas Sarkozy ausscheiden, so daß sich dann die Linke und die extreme Rechte gegenüberstünden, was seine Gefolgsleute in ein schreckliches Dilemma stürzen würde: Sie müßten dann zwischen »der Pest und der Cholera« wählen, müßten sich entscheiden, für einen Sozialisten zu stimmen oder, zumindest implizit, die extreme Rechte zu unterstützen.

Noch ist es nicht so weit. Alle Experten betonen, daß Umfragen ein Jahr vor dem Wahlgang mit Vorsicht interpretiert werden müssen und vor allem nicht als Prognosen gesehen werden dürfen. Aber die Unzufriedenheit in der Bevölkerung und die Enttäuschung und Ernüchterung seiner eigenen Parteigänger, von denen die Meinungsumfragen zeugen, sprechen Bände über das Terrain, welches der Präsident noch gutmachen muß, ein Präsident, der die Geschichte durch seinen Reformwillen prägen wollte.

Öffnung – und Rückzug

Als Sarkozy im Mai 2007 an die Macht kam, stellte er seine Tatkraft der Passivität der »nichtstuerischen Könige« gegenüber, eine Anspielung auf seine beiden Vorgänger François Mitterrand und Jacques Chirac, die – vor allem während ihrer zweiten Amtszeit – nichts, oder fast nichts, getan hätten, um die erworbenen Früchte nicht zu gefährden. Er verweigert sich dem Fatalismus, will die Realität sowohl in der Außen- als auch in der Innenpolitik nach seinem Willen beugen. Allen Kassandrarufen zum Trotz, die behaupten, daß die Politik in der globalisierten Welt nichts mehr oder nicht mehr viel vermag, will er die Wiederherstellung des politischen Handelns. Er spricht von einem »Bruch«. Auf diplomatischer Ebene, indem er das Ende der Realpolitik verkündet und die Menschenrechte zur Priorität macht. Um diesen Wechsel deutlich zu machen, ernennt er einen Sozialisten, den Gründer von »Ärzte ohne Grenzen« und Befürworter des Rechts auf Intervention Bernard Kouchner, zum Außenminister. Diese Ernennung ist auch ein Symbol für die »Öffnung« in der Innenpolitik. Sarkozy wirbt einige Persönlichkeiten der Linken ab und nimmt sie in seine erste Regierung auf. Was den Generalsekretär seiner eigenen Partei, der UMP, zu dem etwas frustrierten Ausspruch veranlaßt, daß die »Öffnung bis zu den Sarkozysten reichen müßte«.

In beiden Fällen sollte der Präsident mehr oder weniger rasch zu einer traditionelleren Haltung zurückfinden. Nach und nach werden die Minister der »Öffnung« an den Rand gedrängt, vereinnahmt oder verabschiedet. Im Sturm der Unpopularität zieht sich Sarkozy auf seine alte gaullistische Garde zurück, bevor er eine neuerliche Geste in Richtung der Zentrumsanhänger setzt, mit dem Ziel, das Auftauchen eines gemäßigten Gegners bei den Präsidentschaftswahlen zu verhindern. In der Außenpolitik hat der Wille zum »Bruch« kaum längeren Bestand. Die Realpolitik macht rasch wieder ihre Rechte geltend. Wladimir Putin, in Hinblick auf den der Kandidat Sarkozy angekündigt hatte, er wolle ihm nicht die mit dem Blut der Tschetschenen befleckte Hand schütteln, wird zu einem akzeptierten Gesprächspartner. Ein Faible hat der französische Präsident mittlerweile für Dimitri Medwedew, den er für »westlicher« hält, auch wenn sein Handlungsspielraum mehr als begrenzt ist.

Einer der ersten offiziellen Besuche in Paris nach der Präsidentschaftswahl ist jener von Oberst Muammar al-Gaddafi. Mit allen Ehren empfangen, stellt der libysche Führer sein Beduinenzelt gegenüber dem Elysée-Palast im Hôtel de Marigny, der Residenz der französischen Staatsgäste, auf. Sarkozy sucht die Freundschaft Hosni Mubarak, mit dem er gemeinsam den Vorsitz der Union für das Mittelmeer innehat, des tunesischen Präsidenten Ben Ali, den er zu seinem demokratischen Engagement beglückwünscht, des syrischen Diktators Baschar al-Assad, auf den er zählt, um dem Libanon wieder den Frieden zu bringen und den israelisch-palästinensischen Konflikt zu lösen. Der Höhepunkt dieser auf den Süden Europas ausgerichteten Politik ist das Gipfeltreffen der Union für das Mittelmeer am 13. Juli 2008. 43 Staats- und Regie-

rungschefs von beiden Ufern des Mittelmeers sind in Paris zugegen. Auf Drängen von Angela Merkel hat Frankreich alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union eingeladen. Nach der Vorstellung Sarkozys und vor allem seines Beraters Henri Guaino soll die Union für das Mittelmeer den »Barcelona-Prozeß« ersetzen – eine Art Nachbarschaftspolitik mit Blick auf Nordafrika und den Nahen Osten –, der ins Stocken geraten ist. Sie soll vorrangig für die Anrainerstaaten des Mittelmeeres und nicht für die Nordeuropäer von Interesse sein. Die deutsche Kanzlerin ist auf diesem Ohr taub. Sie will verhindern, daß die Europäische Union – im Klartext: Deutschland – dazu gebracht wird, für eine Politik zu zahlen, die nur dem Ruhm Frankreichs dient. Sie verlangt die Anwesenheit aller Mitgliedsstaaten der EU.

»Arabischer Frühling« überrumpelt Sarkozy

Aber die Union für das Mittelmeer stößt auf dieselben Hindernisse wie der Barcelona-Prozeß und verfällt in dieselbe Lähmung. Der »arabische Frühling« des Jahres 2011 versetzt ihr den Todesstoß. Wie viele andere hat auch die französische Politik nichts kommen gesehen. Bis zur Flucht von Ben Ali hält sie das tunesische Regime für stabil. Außenministerin Michèle Alliot-Marie, die Nachfolgerin Kouchners, schlägt sogar vor, die französische Polizei sollte ihren tunesischen Kollegen ihr Know-how zur Aufrechterhaltung der Ordnung zur Verfügung stellen. Lange Zeit hindurch hielten die französischen Politiker, der Rechten wie der Linken, die autoritären arabischen Regime für das einzige Bollwerk gegen Islamismus und Terrorismus. Der Sturz von Präsidenten, die sich mit Hilfe gefälschter Wahlen seit Jahrzehnten an der Macht hielten, überrumpelt sie. Nicolas Sarkozy braucht einen Monat, um seine Diktion anzupassen, und es bedarf des Aufstands in Libyen, daß er eine neuerliche 180-Grad-Wendung vollzieht. Der französische Präsident stürzt sich in eine Art Selbstkritik. Allzu lange, so sagt er, habe man auf Kosten von Demokratie und Menschenrechten eine Stabilität des *trompe l'œil* bevorzugt. Dies war ein Irrtum, den wiedergutzumachen er sich beeilt, indem er noch vor allen anderen den Nationalen Widerstandsrat in Bengasi anerkennt und seine Verbündeten dazu drängt, Gaddafis Streitkräfte zu bombardieren, um »die Zivilbevölkerung zu schützen«, wie es in der Resolution 1973 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen heißt. Noch einen Schritt weiter gehend als seine Koalitionspartner liefert Frankreich den Aufständischen von Djebel Nafusa im Süden von Tripolis Waffen. Nicolas Sarkozy träumte davon, daß der libysche Führer noch vor dem 14. Juli aus seiner Machtposition vertrieben und Abordnungen der siegreichen Aufständischen am Nationalfeiertag über die Champs-Élysées defilieren könnten. Er wurde enttäuscht.

In diesen Krisen fühlt er sich am wohlsten, da kann er das ganze Ausmaß seiner unermüdlichen Energie einbringen. Der Zeitraum des französischen Vorsitzes im Rat der Europäischen Union zwischen Juli und Dezember 2008 war eine glänzende Zeit für den Staatschef. Der russisch-georgische Krieg bot ihm die Gelegenheit, den Vermittler zu spielen. Sich über die gemeinschaftlichen Institutionen hinwegsetzend, präsentierte er sich als »Präsident Europas« und bemühte sich, den Vormarsch der russischen Streitkräfte noch vor Tiflis zu stoppen. Hatte die russische Armee den Auftrag, die georgische Hauptstadt zu besetzen, und hat Sarkozy Putin rechtzeitig zurückgehalten? Niemand weiß das. Tatsache ist, daß die russischen Soldaten nicht über Gori hinausgingen, Georgien aber Südossetien und Abchasien verlor.

Die Folgen der Finanzkrise

Zur gleichen Zeit brach die Finanzkrise aus. Ausgehend von den Vereinigten Staaten, erreichte sie rasch Europa. Sarkozy setzte sich einmal mehr über die gemeinschaftlichen Einrichtungen hinweg und berief, erstmals in der Geschichte der Union, trotz der Vorbehalte Angela Merkels mehrere Gipfeltreffen der Euro-Gruppe ein. Nach und nach vermochte Frankreich – wobei die Griechenland-Krise das Ihre dazu beitrug – seine Vorstellungen von der Regelung der Wirtschaft in der Euro-Zone voranzutreiben, ein altes Projekt, das auf die Zeit der Vorbereitung auf den Maastricht-Vertrag Anfang der 1990er Jahre zurückgeht, aber am Widerstand Deutschlands gescheitert war. Der französischen Regierung gelang es nicht, alle Punkte durchzusetzen, sie mußte Konzessionen machen, um die Einwände der Kanzlerin zu berücksichtigen. Die Beziehungen zwischen Paris und Berlin waren während der fünfjährigen Amtszeit Sarkozys nicht ungetrübt. Die beiden führenden Politiker haben zu unterschiedliche Temperamente, um sich spontan zu verstehen. Wie Sarkozy es nicht sehr elegant formulierte: »Während Angela denkt, handle ich.« Einigkeit zwischen französischen und deutschen Politikern herrscht, so scheint es, aber zumindest über einen Punkt: den Regierungen gegenüber den supranationalen gemeinschaftlichen Einrichtungen das letzte Wort zu lassen. Ein Rückschritt im Hinblick auf die europäischen Ambitionen.

Nach der europäischen Führung griff der französische Präsident auch nach der weltweiten Führung. Der gleichzeitige G8- und G20-Vorsitz im Jahr 2011 sollte ihm die Gelegenheit bieten, einige seiner bevorzugten Ideen im Hinblick auf die Reform des internationalen Währungssystems, die Regulierung der Märkte, vor allem jener für Rohstoffe und landwirtschaftliche Produkte, und die Umwelt voranzubringen. Aber auch da mußte Sarkozy seine Ambitionen zurückschrauben. Trotz schöner Erklärungen hier und dort sind weder Amerika noch China – um nur diese beiden zu nennen – zu radikalen Reformen zur Regelung der Weltwirtschaft bereit. Wenn er sich bescheidene Ziele setzt, könnte der französische Präsident einige Erfolge erzielen.

Denn im Zuge seiner Bemühungen um eine neuerliche fünfjährige Amtszeit an der Spitze des Staates setzt Sarkozy stark auf den Doppelvorsitz bei den G8 und G20, um seinem Wappen in den Augen seiner Landsleute neuen Glanz zu verleihen. Gewiß, in Frankreich, wie in anderen Ländern auch, werden Wahlen mit innenpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Themen, nicht mit der Außenpolitik gewonnen. Aber die Franzosen, die immer noch ein schlechtes Gewissen haben, daß sie 1793 ihren König auf der Guillotine hingerichtet haben, wollen einen Präsidenten, der in Frankreich und im Ausland das Sagen hat. Aber trotz aller Bemühungen, sich »der Präsidentschaft für würdig zu erweisen«, fällt es Nicolas Sarkozy schwer, sich von einer gewissen Saloppheit in seinem Verhalten bzw. von einer gewissen Vulgarität in seiner Sprache zu lösen. Es muß ihm gelingen, daß man die während seines Wahlkampfes 2007 gemachten und später nicht gehaltenen Versprechungen vergißt. Auch damals hatte er einen »Bruch« versprochen. Sein wichtigster Wahlslogan, um sich die Stimmen der Bevölkerung zu sichern, war ein Hymnus auf die Rehabilitierung des Wertes »Arbeit«: mehr arbeiten, um mehr zu verdienen. Nicht nur hat die durchschnittliche Kaufkraft nur schwach zugenommen – angesichts der Tatsache, daß die sehr hohen Einkommen einen Höhenflug erleben, bedeutet dies, daß die Einkommen der Ärmsten in Wirklichkeit zurückgegangen sind –, die ersten von Sarkozy angekündigten Maßnahmen

haben ihm auch den Spitznamen »Präsident der Reichen« eingetragen. Die Einführung eines »Steuerwalls« – niemand muß mehr als 50% seines Einkommens an Steuern zahlen – hat zu einer Rückerstattung von mehreren Millionen Euro an die Reichsten seitens des Staates geführt. Der »Steuerwall« soll 2012 wieder fallen.

Diese Maßnahme sollte ein Ausgleich für die Beibehaltung der Vermögenssteuer sein, die Anfang der 1980er Jahre von den Sozialisten eingeführt worden und bei der Rechten verpönt war. Trotz seiner Versprechen eines »Bruchs« hat Sarkozy nicht daran zu rühren gewagt. Wie er auch die von der sozialistischen Regierung unter Lionel Jospin Ende der 1990er Jahre eingeführte 35-Stunden-Arbeitswoche nicht abgeschafft hat. Er hat diese Maßnahme einfach ihres Sinns entleert, indem er die Steuer auf die Überstunden senkte, was einen perversen Effekt hatte: Statt neue Arbeitnehmer anzuustellen, haben die Unternehmen die Überstunden ihrer vorhandenen Arbeitskräfte aufgestockt. Experten sind der Ansicht, daß diese Maßnahme dazu beigetragen hat, die Arbeitslosigkeit zu verschärfen, von der 9% der aktiven Bevölkerung und dreimal so viele unter den Jungen betroffen sind.

Gebrochene Versprechungen

Während des Wahlkampfs hatte Sarkozy auch versprochen, das Pensionsalter bei 60 Jahren zu belassen, was von den Angestelltengewerkschaften als eine der größten sozialen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte erachtet wurde. Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise kam wie gerufen, um einen Sinneswandel zu rechtfertigen. 2010 hat Sarkozy eine Reform verfügt, mit welcher das gesetzliche Pensionsantrittsalter auf 62 und der Anspruch auf eine volle Pension von 65 auf 67 Jahre angehoben und der Beitragszeitraum auf 42 Jahre erhöht wurde. Offiziell sollte diese Reform einen ausgeglichenen Haushalt der Altersversicherungen bis 2020 ermöglichen. Was die Krankenversicherung betrifft, so ist diese weiterhin hoch defizitär und die verschiedenen Reformen, die alle letztlich eine Verringerung der Leistungen und eine Erhöhung der Beiträge brachten, zeigten keine dauerhafte Wirkung.

Frankreich hat sich gegenüber der Europäischen Kommission verpflichtet, sein Haushaltsdefizit von derzeit 6% auf 3% im Jahr 2012 zu verringern. Man glaubt, dies mit einer Reduzierung der öffentlich Bediensteten zu erreichen, 200.000 Angestellte weniger bei den 2,5 Millionen Beamten, die Hälfte von ihnen im nationalen Bildungswesen, trotz Protesten seitens der Lehrer und der Eltern. Im Bildungswesen kann sich Sarkozy mit einer gelungenen Reform brüsten, die nach heftigen Protesten schließlich von der großen Mehrheit der Betroffenen – Professoren wie Studenten – abgesegnet wurde: die Autonomie der Universitäten.

Der Präsident hat auch zum Angriff auf ein weiteres Bollwerk der französischen Tradition geblasen: die Justiz und die Richter, die er für zu lax gegenüber den Straftätern erachtet. Ein geringfügiger Vorfall bot ihm den Anlaß, sich mit den Gerichten anzulegen und eine Verschärfung des Strafgesetzbuches mit strengeren Strafen vorzuschlagen. Eine Ausnahme wurde ihm allerdings vom Verfassungsgericht und vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte auferlegt: die Reform des Polizeigewahrsams, die nun die Anwesenheit eines Anwalts von der ersten Stunde der Verhaftung eines Verdächtigen an vorsieht. Die innere Sicherheit ist tatsächlich eines der starken Themen des Systems um Sarkozy. Ein Rechnungshofbericht vom Juli 2011, aus dem hervorging, daß die Kleinkriminalität trotz der Prahlerien des Präsidenten

und seiner einander abwechselnden Innenminister im Laufe der letzten Jahre eher zugenommen hat, wurde von den Machthabern demnach auch überaus schlecht aufgenommen. Dieser Bereich, zusammen mit der Einwanderung, ist ein Terrain, das Nicolas Sarkozy und seine Anhänger der extremen Rechten gerne streitig machen.

Viele entschlossene Reden, Reformen, von denen einige unvollendet geblieben sind oder hingschludert wurden wie der große ökologische Plan vom Beginn seiner Amtszeit, zahlreiche Unzufriedene, die seinen Stil ablehnen oder von der Substanz enttäuscht sind: mit dieser Bilanz stellt sich Sarkozy den Präsidentschaftswahlen 2012. Aber er weiß, daß eine Wahl mit einem Projekt und nicht mit einer Bilanz gewonnen wird. In diesen Zeiten der Verdrossenheit ist es nicht leicht für den scheidenden Amtsträger, Begeisterung zu wecken. Er kann immer auf die Krise als Grund für eine nicht allzu rosige Zukunft verweisen. Und, wie es in einem in der französischen Politik oft zitierten Sprichwort heißt: »Versprechungen verpflichten nur die, die sie hören.«